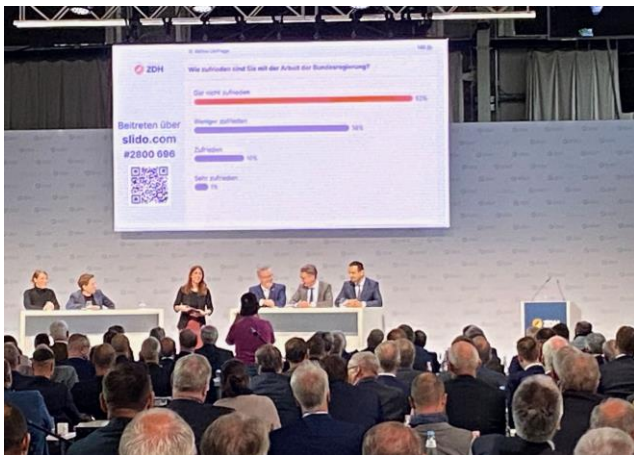




Das Handwerk ist unzufrieden

Vom 11. bis 13. Oktober 2023 fand auf dem **EUREF-Campus** eine Tagung des **Zentralverbandes des Deutschen Handwerks** statt. Höhepunkt der Veranstaltung war am Freitag, dem 13. Oktober, das ZDH-Forum. Die Vertreter aus allen Bereichen des Handwerks hatten die Frage „*Wieviel Fortschritt hat die Ampel für den Wirtschaftsstandort Deutschland gewagt?*“ als Überschrift formuliert.

Zur Beantwortung der Frage waren die Generalsekretäre von SPD, Grünen und FDP, **Kevin Kühnert**, **Emily May Büning** und **Bijan Djir-Sarai** eingeladen worden. Aber auch der Vertreter der Opposition, CDU-Generalsekretär **Carsten Linnemann**, saß auf dem Podium.



Die erste Frage ging aber nicht an die Politiker, sondern an die rund 300 Vertreterinnen und Vertreter des Handwerks. Wie zufrieden seien sie mit der Arbeit der Bundesregierung: Gar nicht zufrieden: 52%, weniger zufrieden: 34%, zufrieden: 10%, sehr zufrieden: 1%. Die Ampel-Vertreter nahmen es gelassen hin und verließen nicht den Saal, denn das Ergebnis für die Opposition war auch nicht gerade überwältigend. Mit der Arbeit der Opposition sind 43% weniger zufrieden, 13% gar nicht, 30% zufrieden und 7% sehr zufrieden.

Das selbsterklärte Ziel der Ampelregierung: „*Mehr Fortschritt wagen*“ muss aus Sicht von ZDH-Präsident **Jörg Dittrich** in der zweiten Halbzeit der Legislaturperiode mit deutlich größerer Entschlossenheit und mit mehr Mut auch zu grundsätzlichen Reformen

angegangen werden, um die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland zu erhalten.

„*Es ist wieder Agenda-Zeit: Statt homöopathisch Symptome zu bekämpfen, braucht es einen Ruck und endlich eine echte mittelstandsfreundliche Standortpolitik. Es ist Zeit für Pragmatismus, Realpolitik und echte Reformen*“, mahnte Dittrich beim ZDH-Forum vor den rund 300 Handwerksfunktionären an. An die Politik richtete der ZDH-Präsident den eindringlichen Appell, den vielen politischen Ankündigungen endlich Taten folgen zu lassen und zu handeln: Ziel aller politischen Entscheidungen müsse es sein, die Standortbedingungen in Deutschland langfristig zu verbessern, Initiativen zur Fachkräftesicherung nachhaltig zu stärken und Belastungen spürbar abzubauen.

Das Handwerk sei bereit, bei den großen Aufgaben mit anzupacken, das beweise es täglich. Aber das Handwerk könne als die Schlüsselbranche für eine erfolgreiche Transformation und Modernisierung des Landes nur dann seinen Beitrag leisten, wenn bei den Entlastungen endlich ernst gemacht werde: Dazu zählen ein deutlicher Bürokratieabbau, geringere Sozialabgaben, niedrigere Energiekosten sowie eine geringere Steuer- und Abgabenlast.

Der Verband sprach sich dafür aus, alle inländischen Potentiale zu heben und eine praktikable arbeitsmarktorientierte Zuwanderung zu ermöglichen. Für zwingend erforderlich hält Dittrich eine Bildungswende, um genügend Fachkräfte für die anstehenden Zukunftsaufgaben zu generieren, die Transformation zu bewältigen und das Handwerk zu stärken.

„*Für Studierende werden in einem anderen Ausmaß Wohnheime gebaut und Auslandsaufenthalte finanziert. Außerdem müssen die Bildungsstätten als Hochschulen des Handwerks ganz anders als Unis und Fachhochschulen um ihre Mittel kämpfen.*“ Diese Situation schrecke den potenziellen Nachwuchs qualifizierter handwerklicher Fachkräfte ab. Dabei sei das glatte Gegenteil gesellschaftlich gewünscht, da jeder und jede auf die handwerkliche Expertise und Arbeit angewiesen sei. Politik müsse die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung endlich gesetzlich festschreiben, verlangte der Handwerkspräsident.

Die Politiker gaben in ihren Eingangsstatements zu, dass sie im täglichen Leben auf Hilfe angewiesen seien, weil sie keine besondere Begabung, eher zwei linke Hände, bei handwerklichen Tätigkeiten hätten. Das Podium war so aufgebaut, dass links SPD und



Grüne saßen und rechts CDU und FDP. Das passte bei den Meinungsäußerungen gut zusammen.



Auch wenn es **Carsten Linnemann** leid ist, ständig hören zu müssen, was alles in 16 Jahren CDU-Kanzlerschaft versäumt wurde, so blieb der Hinweis darauf nicht aus. Nicht alle Probleme, die die Ampel heute hat, sind selbst verursacht, sondern zum Teil geerbt.

Behandelt wurden in der 90-minütigen Diskussion alle Themen, die **Carsten Linnemann** und **Kevin Kühnert** schon in zahlreichen TV-Talk-Shows diskutiert hatten. Bei „**Maischberger**“ erklärten beide, wie sehr sie sich schätzen und sprachen sich mit Carsten und Kevin per Du an, bei „**Markus Lanz**“ ging es vornehmer per Sie zu. Beim ZDH vermied man direkte Ansprachen.

Linnemann musste sich von Kühnert Populismus vorwerfen lassen, beispielsweise bei Sätzen wie „*Je mehr Beamte Du hast, desto mehr Bürokratie*“, vor allem aber bei der leidigen Energiefrage, wo sich Linnemann und Djir-Sarai einig sind, dass man die Atomkraftwerke nicht nur hätte weiter am Netz lassen, sondern sie auch wieder reaktivieren sollen. Dass es keinen Sinn mache, ein totes Pferd reiten zu wollen, kann und will von Schwarz-Gelb nicht zur Kenntnis genommen werden. **Emily May Büning** erinnerte daran, dass **Angela Merkel** den Atomausstieg verkündet hatte. Und **Kevin Kühnert** ergänzte, dass die Atomkraft das Energieproblem nicht löse.

Einig waren sich die Politiker darin, dass der Umgang mit der Energiekrise gelungen sei, niemand musste im letzten Winter frieren und wird es auch nicht in diesem Winter erleiden. Dass die Stimmung im Land schlecht sei, wurde von keinem geleugnet. Manch gute Politik komme nicht gut rüber, beklagte **Kevin Kühnert**.

Linnemann beklagte, dass die Ampel keinen Plan und kein Ziel habe. Mit dem berühmten Heizungsgesetz habe man die Menschen überfordert. Auch das ist keine neue Erkenntnis. Der aktuelle **ARD-Deutschlandtrend** von **Infratest dimap** sieht die Ampel aktuell bei 33 Prozent (15 SPD, 13 Grüne, 5 FDP). Die Union liegt bei 29 und die AfD bei 23 Prozent. Koalitionsbildungen wären schwierig, Schwarz-Rot 44 und Schwarz-Grün 42 Prozent. Nur mit der FDP könnte man eine knappe Mandatsmehrheit erreichen. Die einzige satte Mehrheit brächten CDU/CSU und AfD mit 52 Prozent auf die Waage. Die AfD wäre sofort dabei, die Union wohl kaum.

Fazit der Veranstaltung: Die Handwerksvertreter können nicht sonderlich zufrieden sein, weil die Fragestellung weitestgehend unbeantwortet blieb. Aber schön, dass wir mal wieder darüber gesprochen haben.

Ed Koch
Quelle: ZDH
Fotos: Ed Koch